

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 70/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Frieda O. [REDACTED] geb. W. [REDACTED],
H. [REDACTED], C. [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter:

Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED]
als Abwickler der Kanzlei des
Rechtsanwalts Dr. [REDACTED] -

gegen

Freie und Hansestadt H a m b u r g ,
vertreten durch das Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 22, Adolph-Schönfelder-Str. 5,

Beklagte und Beschwerdegegnerin

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. Juli 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Henkel, Fuchs und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 9. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg vom 28. Oktober 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Bei der Klägerin liegt ein Wirbelsäulenleiden vor, das sie auf die Verfolgung zurückführt. Die Entschädigungsbehörde sprach ihr für Gesundheitsschaden Kapitalentschädigung seit 1. Januar 1944 und Rente bis 31. Mai 1957 zu. Im Bescheid vom 14. Mai 1959 ist dazu festgestellt: Die in Israel geleistete schwere körperliche Arbeit hat das "Lumbalsyndrom" vorübergehend verschlimmert; die heute noch vorhandenen Beschwerden sind Auswirkungen des anlagebedingten Grundleidens und stehen nicht mehr in Zusammenhang mit der

10

- 3 -

Verfolgung. Der Bescheid blieb unangefochten. Im April 1963 beantragte die Klägerin die Weiterzahlung der Rente seit Dezember 1963, weil sich das anerkannte Verfolgungsleiden verschlimmert habe.

Die Entschädigungsbehörde lehnte ab; Klage und Berufung blieben erfolglos.

Der Berufungsrichter verneint die Voraussetzungen in §§ 206, 33 BGG für eine Neu Festsetzung des Anspruchs. Er entnimmt dem früheren Bescheid die in diesem Verfahren bindende Feststellung, daß das Rückenleiden seit 1. Juni 1957 in keiner Weise mehr mit der Verfolgung im Zusammenhang steht. Das ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Die Auffassung des Berufungsgerichts stimmt mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs überein (BGH RsW 1967, 136 Nr. 34). Insoweit greift die Beschwerde das Berufungsurteil auch nicht an.

Sie wendet sich dagegen, daß der Berufungsrichter auch ein Recht zur Angleichung nach Art. IV Nr. 1 Abs. 1a BGG-Schluss mit der Begründung verneint hat, hier sei die Gesundheitsschadensrente nicht in vollem Umfang abgelehnt worden. Die Meinung der Klägerin, es komme auf die Ablehnung der laufenden Rente an, ist unrichtig. Im Urteil RsW 1972, 231 Nr. 27 hat der Bundesgerichtshof den Rentenbegriff für Art. IV Nr. 1 Abs. 1a BGG-Schluss bestimmt. Danach ist die Rente die in monatlichen Teilbeträgen zu berechnende Entschädigungsleistung in Geld für verfolgungsbedingten



Schaden an Körper oder Gesundheit, der den 31. Dezember 1953 überdauert hat oder danach in Erscheinung getreten ist und die Erwerbsfähigkeit des Verfolgten um mindestens 25 v.H. beeinträchtigt. Die von der Beschwerde gestellte Rechtsfrage ist damit entschieden.

Mai

Henkel